

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 161 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 07.01.2024

Ich fordere,

die Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge abzuschaffen, welche ausschließlich beruflich genutzt werden. Wird das Fahrzeug auch privat benutzt, dann soll die Kraftfahrzeugsteuer nur anteilig bezahlt werden. Für alle beruflich veranlassten Fahrten soll ein Teil der Mineralölsteuer erstattet werden. Die Erbschaftssteuer auf Unternehmen (soweit sie überhaupt bezahlt wird) ist abzuschaffen. Warum der Hofnarr hier dem Staat Einnahmen verwehren will? Gerechtigkeit! Denn nur die Landwirte in den Genuss solcher Regelungen kommen zu lassen ist ungerecht. Außerdem haben diese Steueränderungen den Vorteil, dass sie überwiegend wohlhabenden Bürgern zu Gute kommen, welche es auch verdient haben, staatliche Vorteile zu genießen. Die oberste politische Maxime, nicht nur der FDP, muss sein, auf keinen Fall Steuervorteile für wohlhabende Bevölkerungsgruppen zu streichen oder zu verringern. Wenn Geld im Staatshaushalt fehlt, dann sind zuerst Gelder für die Bevölkerungsgruppen zu kürzen oder zu streichen, welche den Umgang mit wenig Geld gewohnt sind – die Armen! Geringverdiener oder Empfänger von Sozialleistungen sind i.d.R. einfach faul oder nicht ausreichend ehrgeizig um genug für ein gutes Leben zu verdienen. Schließlich sind mindestens 80 Prozent aller Arbeitsplätze Führungspositionen mit Dienstwagenanspruch.

Quatsch beiseite! Natürlich haben die Bauern Recht, wenn sie auf Demonstrationen den Erhalt ihrer Subventionen fordern, denn die Traktoren (die mehrere Hunderttausend Euro kosten können), mit welchen die Straßen blockiert werden, müssen ja von irgendjemand bezahlt werden und das ist den Landwirten nicht zuzumuten. Schlimm genug, dass sie ohne Pendeln ihren Arbeitsplatz erreichen können, im eigenen Haus wohnen, Bauplätze für die Kinder auf Vorrat haben, häufig „Grundstückmillionäre“ sind und ihr Einkommen zu 40 – 60 % vom Steuerzahler bezahlt wird – noch mehr Einkommensverlust ist nicht zuzumuten.

Straßen und Fähren blockieren ist nur schlimm, wenn Klima – Kleber das machen, denn die setzen sich für die Zukunft der Menschheit ein. Blockierende Landwirte machen das für ihren Wohlstand, für umweltschädigende Massenproduktion, für zu viel Gülle auf zu wenig Fläche und verschmutztes Grundwasser, für den Einsatz von Insektiziden und Herbiziden, welche die Artenvielfalt reduzieren und ganz schlicht für mehr Geld in der Gegenwart. Was nützt die Rettung der Welt, wenn man jetzt statistisch nur ca. 115000 € jährlichen Gewinn pro landwirtschaftlichen Betrieb macht, da hat man keine Zukunft mehr. Und das Aufgeben des landwirtschaftlichen Betriebs kann auch keine Option sein, denn dann müsste man ja, wenn man eine Aufgabe haben will, irgendwo abhängig beschäftigt arbeiten und das ist schließlich ein Privileg der städtischen bzw. ärmeren Bevölkerung.

Dieser Text ist ungerecht, schließlich produzieren die Bauern unsere Lebensmittel und ihnen gebührt dafür Dank und unser Steuergeld. Dank gebührt allerdings auch den Schreibern, welche die Tische und Stühle bauen, an denen wir essen und deswegen sollten auch diese von irgendwelchen Steuern befreit werden. Auch die Bodenleger, welche den Boden verlegten auf dem der Tisch steht, müssen von Steuern befreit werden. Und natürlich müssen auch die Maurer, Zimmerer und Dachdecker, welche das Haus bauten, in welchem der Tisch steht an dem die Lebensmittel der Landwirte verzehrt werden, von Steuern befreit werden.

Zusammenfassung: Steuern sind für alle irgendwie selbstständig Tätigen und Unternehmer ungerecht und müssen abgeschafft werden. Steuern sollten ein Privileg von abhängig Beschäftigten sein. Alternativ ist zu überlegen den Steuersatz umgekehrt proportional zum Einkommen bzw. im Eigentum befindlichen Grundfläche zu erheben, so könnte im A-Sozialstaat gerechter von unten nach oben nach klaren Regeln umverteilt werden.

2erlei Maß

Die bayerische Staatsregierung, bleibt sich treu. Wieso? Nur sie alleine entscheidet in Bayern, welches Verhalten strafwürdig ist und welches nicht. Beispiel gefällig? Es werden für ganz Bayern Straßenblockaden angekündigt und der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger steht mit seiner Partei unterstützend hinter den Blockierern. Wenn

dadurch andere Menschen verspätet an ihren Arbeitsplätzen ankommen, ist dies hinzunehmen. Auch die CSU – Mitglieder der Regierung zeigen durchweg Verständnis für diese Straßenblockaden, welche von den Bauern angekündigt wurden. Diese wollen die Beibehaltung von Steuervorteilen (gegenüber der restlichen Bevölkerung) durchsetzen. Ziel der Blockaden ist die Wohlstandssicherung der Landwirte. Eine Anzeige oder eine Bestrafung wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr oder Nötigung muss keiner der Bauern befürchten.

Wenn allerdings überwiegend junge, keinen Grund besitzende Menschen eine Straße blockieren (Klima – Kleber), dann muss zumindest in Bayern die volle Härte des Gesetzes zum Tragen kommen und es werden Gefängnisstrafen ausgesprochen. Sogar Präventivgewahrsam (= Gefängnis um eine Blockade zu verhindern) wurde schon angeordnet. Diesen Klima – Klebern geht es schließlich nicht um den eigenen Wohlstand sondern um die Zukunft der nächsten Generationen.

Die Rückkehr zur Wehrpflicht, welche von einem CSU – Minister ausgesetzt wurde, ein großes Kasernenprogramm und eine Drohnenarmee von 100000 Fluggeräten fordert der CSU – Ministerpräsident (BZ 02.01.2024). Für Bayern ist er zuständig, man könnte meinen, er hätte genug damit zu tun bayerische Probleme (Wohnungsbau, Personalmangel, Klimawandel, Energiewende, ...) zu lösen – nein, dieser Mann hat genug Zeit, sich um Bundesprobleme zu kümmern, für welche er nicht gar nicht kompetent ist. Aber er bleibt sich treu – fordern, ohne Lösungen aufzuzeigen – södern halt! 16 Jahre lang wurde die Bundeswehr von CDU / CSU Bundesverteidigungsminister*innen personell reduziert und finanziell sowie ausrüstungstechnisch bankrottiert. Das Beschaffungswesen der Bundeswehr und der Kasernenbetrieb wurden unter der CDU / CSU ausschließlich nach wirtschaftlichen Regionalinteressen betrieben – die Bedürfnisse der Bundeswehr und der Soldaten waren zweit- bis dritrangig. Nun aber sieht die CSU die Ampelregierung in der Pflicht. Natürlich muss die aktuelle Bundesregierung die Bundeswehr neu aufstellen und sie versucht dies mit den vorhandenen Mitteln nach Kräften. Söder fordert aber Änderungen der Bundeswehr, welche weder personell noch finanziell (die Schuldenbremse und ihre Einhaltung sind besonders für die CDU / CSU sakrosankt) machbar sind. Es geht ihm also primär nicht um eine bessere Aufstellung der Bundeswehr, sondern darum, die Bundesregierung vor sich her zu treiben und die eigene Wählerklientel zu befriedigen. Er fordert nicht die Wehrpflicht für alle jungen Menschen, sondern nur für die jungen Männer – ist das Gleichberechtigung á la Söder. Das sollten sich die jungen Männer und die emanzipierten Frauen nicht ge-

Sachargumente interessieren nicht

fallen lassen.

Söder fordert eine Beteiligung der Bundeswehr am Schutz der internationalen Schifffahrt im Roten Meer, obwohl dies vom SPD – geführten Verteidigungsministerium bereits geprüft wird. Was soll das also?

Ein Einsatz im Roten Meer diene auch der Sicherheit Israels, welche die deutsche Staatsräson sei, sagt der bayerische Ministerpräsident. Was ist das eigentlich – die in letzter Zeit oft beschworene „Staatsräson“?

Wikipedia: Die Staatsräson ist kein gesetzlich festgelegtes Konzept, sondern ein politisches Prinzip, das die Erhaltung des Staates und der staatlichen Autorität als höchste Priorität betrachtet. Es ist ein vernunftgeleitetes Interessenskalkül einer Regierung, unabhängig von der Regierungsform, und einzig der Aufrechterhaltung des funktionierenden Staatsgebildes verpflichtet.

Staatsräson ist auf jeden Fall kein Gesetz und kann deswegen auch nicht so bedingungslos eigenfordert werden, wie es zurzeit in Bezug auf Israel getan wird. „Staatsräson“ ist ein politisches Konzept, mit welchem man eine Diskussion über den Inhalt derselben verhindern will. Staatsräson ist nicht demokratisch, wenn sie der öffentlichen Diskussion entzogen wird. Die bedingungslose Unterstützung des Staates Israel, welcher seit Jahrzehnten Völkerrecht bricht, Menschenrechte anderer missachtet und aktuell humanitäres Völkerrecht mit Füßen tritt, kann nicht „Staatsräson“ eines demokratischen Rechtsstaates, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, sein. Die bedingungslose Unterstützung eines rechtsbrechenden Staates darf gar nicht Staatsräson im demokratischen Rechtsstaat sein, wenn man der Definition folgt. Staatsräson betrifft nach Definition immer nur die Erhaltung des eigenen Staates. Die bedingungslose Unterstützung Israels ist für die Erhaltung Deutschlands aber nicht essentiell, denn Deutschland würde auch weiter bestehen, wenn das Land Israel verschwände. Das kann auch der demokratisch gewählte Ministerpräsident Bayerns wissen, doch der will mit dem Begriff Staatsräson Politik in seinem Sinne machen.

Staatsräson, die
Wortart: Substantiv, feminin